

14. ordentliche Bundesdelgiertenkonferenz

Karlsruhe, 17.-19.3.2000

Beschluß zum Krieg in Tschetschenien

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verurteilen aufs Schärfste die militärischen Aktionen der Russischen Föderation in Tschetschenien. Wir erkennen zwar die Souveränität der Russischen Föderation grundsätzlich an. Das gegenwärtige Vorgehen Russlands in Tschetschenien praktiziert aber nicht eine Souveränität, die mit den Menschenrechten und mit einem Volk, das unter grossrussischer und sowjetischer Vorherrschaft schon immer zu leiden hatte, verantwortlich umgeht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen, dass die von unserer Bundestagsfraktion schon lange geforderte Sitzung des Deutschen Bundestages zum Tschetschenienkrieg nun endlich zustande gekommen ist. Angesichts der russischen Militäroffensive in Tschetschenien, durch die unter dem Vorwand der Bekämpfung terroristischer Gruppen ganze Landstriche verwüstet und vor den Augen der gesamten Welt die Stadt Grosny zerstört und ihre Bevölkerung zu großen Teilen getötet worden ist, war dies schon seit langem überfällig. Tschetschenien ist ökologisch und ökonomisch am Ende, mit ungezählten toten, vergewaltigten, verletzten und vertriebenen Menschen.

Große Teile der deutschen Öffentlichkeit, seit Monaten tagtäglich mit den Bildern der Zerstörung und der Verfolgung sowie mit den offensichtlichen Lügen der Moskauer Staats- und Militärführung konfrontiert, haben schon seit langem darauf gewartet, dass auch das deutsche Parlament sein Schweigen zu diesen völker- und menschenrechtswidrigen Handlungen bricht. Die in den letzten Monaten praktizierte deutsche und europäische diplomatische Sprach- und Verhaltensregelung gegenüber der politischen und militärischen Führung in Moskau ist nicht nur der zukünftigen, sondern auch der europäischen und auch bündnisgrünen Außenpolitik der jüngsten Vergangenheit – d.h. der Glaubwürdigkeit der Argumente und der Leitlinien der europäischen Intervention im Kosovo – abträglich. Auch eine die machtpolitischen Faktoren berücksichtigende Realpolitik kann und muss den Mut haben, die Dinge beim Namen zu nennen – erst recht eine grüne Aussenpolitik nach Bielefeld. Nur so kann Politik vermeiden,

einen unabsichtlichen Beitrag zur entpolitisierenden Gleichsetzung vom politischem Denken und Handeln mit einer reinen Macht- und Interessenkalkulation zu leisten.

Weder die diplomatische Berücksichtigung russischer Großmächtempfindlichkeiten noch die Notwendigkeit, mit der Atommacht Russland die Abrüstungsverhandlungen weiterzuführen, können die Tatsache verdecken, dass es die Moskauer Führung selbst ist, die durch ihre Kriegsführung und durch ihre Kriegspropaganda die Distanzen zwischen Russland und dem restlichen Europa radikal vergrößert hat.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erwarten, dass die deutsche und europäische Außenpolitik die russische Regierung viel deutlicher als bisher mit dieser Tatsache konfrontiert. "Business as usual" mit höflich-kritischen Einsprengseln einerseits oder verkürzte Vorstellungen von Sanktionen gegenüber Russland andererseits sind nicht die einzigen Alternativen deutscher und europäischer Politik in dieser Frage. Dies schliesst in weiteren Schritten die Prüfung von politischen und diplomatischen Massnahmen bis hin zu auf die russische Staatsführung zielenden Sanktionen nicht aus, um endlich die aus einer europäischen Sicht notwendigen Gespräche zwischen der russischen Regierung und der tschetschenischen Führung herbeizuführen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bitten den Bundestag, seine Verantwortung auch weiter wahrzunehmen und sich in dieser Sache auch an die anderen Parlamente der EU-Länder und das Europaparlament zu wenden, um eine gemeinsame Position der europäischen Parlamente zu formulieren.